

# BÄCKER-ZEITUNG

des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands  
(Sitz Hamburg 23), Maystraße 27.

Erscheint jede Woche Sonnabends.

Offizielles Organ  
der Central-Kranken- und Sterbekasse der Bäcker u. Berufsgenossen Deutschlands  
(Sitz Dresden), Liliengasse 12.

Postzeitungsliste Nr. 1787a.

## Pfingsten.

Nun steht im Festgewande  
Geschmückt der Wald, die Flur,  
Es geht durch alle Lande  
Der Hoffnung goldne Spur. —

Es ist, als stieg' hernieder  
Geheimnisvolle Macht,  
Und schenkte immer wieder  
Des Dunkels finst're Nacht. —

Es ist, wie wenn die Erde  
Erblühte weit und breit, —  
Wie wenn sie kommen werde,  
Der Menschheit Frühlingszeit.

Es ist, als sei ein Wunder  
Geschehen über Nacht,  
Als sei die frohe Kunde  
Vom heil'gen Geist gebracht. —

Vom Geist, der ausgesessen  
Auf jene Jünger Schaar,  
Die mutig, unverdrossen  
Am Tag der Pfingsten war. —

Denn sie war wohl durchdrungen  
Von glaubensstarker Macht,  
Als sie mit feur'gen Zungen  
Die Botschaft einst gebracht. —

Die Botschaft, daß erkoren  
Sei Wahrheit, Freiheit, Recht,  
Die Menschen, gleich geboren,  
Ein adelig Geschlecht.

So lang' nun auf der Erden  
Die Menschheit hat gestrebt,  
Um glücklich, frei zu werden,  
Hat dieser Geist gelebt. —

Er ist nicht zu bezwingen  
Durch Kerker, Turm und Schloß  
Vergeblich auch das Ringen  
Durch Feindselig und Röß. —

Der Geist, er muß erstreben  
Der Zukunft Mission,  
Die Menschlichkeit erheben  
Auf ihren Sonnenthron! —

W. Schramm.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Der in Dresden abgehaltene 9. ordentliche Verbandsstag hat mit der ferneren Leitung der Verbandsgeschäfte und Redaktion des Fachblattes den bisherigen Vorsitzenden O. Allmann und mit der Führung der Kassengeschäfte den bisherigen Hauptkassierer Dr. Friedmann betraut. Alle Korrespondenzen sind zu adressieren:  
Vorstand des Bäckerverbandes, Hamburg 23, Magistr. 27, und alle Geldsendungen an  
Dr. Friedmann, Hamburg 23, Magistr. 27.

Mit dem 30. Juni hört die Auszahlung der Reiseunterstützung in der jetzt gebräuchlichen Form auf und findet von den Mitgliedschaften an diesem Tage die alten (weissen) Formulare von den Unterstützungsauflösern einzuziehen und zu vernichten.

Vom 1. Juli ab erhalten nur Mitglieder Reiseunterstützung, die mindestens 52 Wochen dem Verbande angehorten und für diese Zeit ihre Beiträge regelmäßig entrichten, und zwar wird vom 1. Juli ab Reiseunterstützung in derselben Höhe und mit denselben Formularen wie die Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt.

Reiseunterstützung können vom 1. Juli ab Mitglieder, die mindestens 3 Jahre dem Verband angehört, in jedem Jahr bis zur Höchstgrenze von 42 M. erheben.

Beitragserlassung an frakte oder arbeitslose Mitglieder gibt es von jetzt ab nicht mehr.

Beiträge können nur noch nicht unterstützungsberechtigten oder bereits ausgesteuerten Mitgliedern während Arbeitslosigkeit oder Krankheit gestundet werden. Doch muß solchen Mitgliedern in betr. Kürbriken des Mitgliedsbuches ein ausdrücklicher Vermerk hierüber eingebracht werden, und sind diese Beitragsschwindungen dem Hauptkassierer mit der monatlichen Abrechnung zu melben.

Mitglieder, die 8 Wochenbeiträge restieren, ohne Stundung der Beiträge erhalten zu haben, sollen in Zukunft von dem Kassierer der Mitgliedschaft gemahnt werden. Wer trotzdem länger als 13 Wochen restiert, muß dann ohne Weiteres aus dem Verbande ausgeschlossen werden. — Die Mitglieder mögen sich also an regelmäßige Beitragszahlung gewöhnen!

Vom 1. Juni ab haben die Mitgliedschaften von jedem einsortierten Wochenbeitrag 35 S an die Hauptkasse abzuziehen, dagegen an die Gaukasse nichts mehr. Von dieser Zeit ab werden alle Agitationssausgaben der Gauvorsstände wie die Besoldung aller angestellten Beamten im Verbande voll aus der Hauptkasse getragen.

Neue Abrechnungsformulare und neue Kassenbücher werden den Mitgliedschaften Mitte Juni zugestellt.

Die Mitgliedschaften haben also nur noch für April und Mai von jedem Beitrag 1½ S an die Gauvorsände abzuführen. Die Berichtsformulare an die Gauvorsände werden den Bevollmächtigten mit dem nächsten „Correspondenzblatt“ zugesandt.

Das neue Statut mit den Reglements wird den Mitgliedschaften Mitte Juni zugestellt. Das Protokoll des Verbandsstages wird zur gleichen Zeit verhandt und an die Mitglieder, welche die Beiträge für Monat Juni voll entrichten, unentgeltlich verabfolgt.

Auszahlüsse von Mitgliedern aus dem Verbande können von jetzt ab nur durch die Hauptverwaltung vorgenommen werden (mit Ausnahme derjenigen, die länger als 13 Wochen Beiträge restieren und von den Mitgliedschaften auszuschließen sind). Solche Anträge auf Auszahlung von Mitgliedern sind unter genauer und ausführlicher Begründung der Anträge beim Verbandsvorstand einzureichen.

Das bisherige Mitglied Max Hegemann wurde von der Generalversammlung wegen seines die Organisation schädigenden Treibens aus dem Verbande ausgeschlossen. Seine Wiederaufnahme ist nur durch einen späteren Verbandsstag möglich.

Der Verbandsvorstand.  
O. A.: O. Allmann, Vorsitzender.

## Wen wählen wir am 16. Juni in den Reichstag?

I.

„Wer die Wahl hat, der hat die Qual!“ sagt ein altes Sprichwort, und das deutsche Volk befindet sich augenblicklich in einem Zustande der Qual, denn von allen Seiten eilen die Kandidaten herbei und bieten sich an. Da ist es nicht so leicht, die richtige Auswahl zu treffen und diejenigen Männer in den Reichstag zu schicken, die den Willen und auch das Verständnis haben, daß Wohl des gesamten Volkes nach jeder Richtung hin zu fördern. Nicht einseitige Interessenpolitik sollen die Erwähnten des deutschen Volkes treiben, sondern als Ziel soll ihnen vorstehen: die Bekämpfung der rücksichtlichen Gewalten auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens und die Förderung einer gerechtlichen Entwicklung in den Bahnen eines vernünftigen Fortschritts.

Von allen Seiten marschieren jetzt die Parteien auf und lassen ihre Fanfaren und Lockrufe ertönen. Die Wahlaufzüge der verschiedenen Parteien sind erschienen und der arme geplagte Wähler hat nun die Aufgabe, diese Kundgebungen zu lesen und dann seine Wahl zu treffen. Allerdings erinnern die meisten der bisher erschienenen Wahlaufzüge an das Wort eines großen Diplomaten, der da behauptet, die Sprache sei dazu erfunden, um die Gedanken zu verbergen. Sie verschleiern mehr als sie ent-

hüllen, sie verbucken mehr als sie aufhellen. Die konserватiven Funktionen gestehen nicht ein, daß sie durch Zölle den Export ihres Großgrundbesitzes steigern wollen, sondern sie versichern vielmehr dem Mittelstande und dem kleinen Bauern ihre heiligste Liebe. Das Zentrum erklärt nicht, daß es die Macht der Präaffen steigern wolle, weshalb es arbeiterfreundlich ist in industriellen Bezirken und agrarisch in ländlichen Bezirken, sondern es beteuert, daß es kämpfe „für Wahrheit, Freiheit und Recht“. Die national-liberale Partei gibt nicht zu, daß sie in allen Farben schillert und sich mit der Geschmeidigkeit eines Waschlappens allen Augenblickströmungen anpaßt, sondern sie redet vom „Wohl des ganzen Vaterlandes“.

Als ein besonders dankbares Objekt erscheint diesen bürgerlichen Parteien offenbar der Mittelstand, den sie mit aller Gewalt retten wollen. Das Handwerk weiß sich vor den Liebeserklärungen gar nicht zu bergen, die ihnen jetzt plötzlich vor der Wahl gemacht werden. Die verschiedenen Parteien beschreiten dem Mittelstande, daß er „eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine gesunde Entwicklung unseres Vaterlandes“ sei und daß „den Wünschen des Handwerkerstandes seitens der Regierung eine wirksamere Unterstützung als bisher zuteil werden müsse“. Welches diese Wünsche sind und worin diese Unterstützung bestehen soll, das verschweigen sie wohlweislich. Ebenso verschweigen sie auch, daß der Mittelstand durch den neuen Zolltarif, der ihm die Werkzeuge und Rohstoffe verteuert und die Kaufkraft der großen Masse schwächt, schwer geschädigt wird und daß der Großbetrieb, weil er billiger und rationeller produziert, den Mittelstand ganz von selber trüniert. Die Wahlaufzüge der bürgerlichen Parteien nehmen es, da sie auf Stimmenfang ausgehen, mit der Wahrheit nicht allzu genau und jener Hugo Mann hatte offenbar ganz Recht, als er das Wort sprach: „Vor einer Wahl und nach einer Jagd wird am meisten gelogen!“

Fühlst du dich nicht sehr gehoben, lieber Kollege, in dieser Wahlzeit, wo man dich von allen Seiten umschmeichelnd und umwirkt, als wenn du eine reiche Erbin oder eine Ballkönigin wärst? Und alles dies lediglich zu dem Zwecke, um am Wahltag deine Stimme zu ergattern. Dämmerst dir da nicht die Erkenntnis auf, daß es eine wichtige Funktion ist, die du am Tage der Wahl zu verrichten hast? In der Tat ist es ein verantwortungsvolles Amt, das Amt eines Reichstagswahlers, und es wäre ein sträflicher Leichtsinn von dir, dich dem ersten besten, der da mit hochstrebenden Worten den Stimmenfang betreibt, in die Arme zu werfen. Man muß sich eben seine Leute ansehen und dann seine Wahl treffen. Um unseren Kollegen dies zu erleichtern, wollen wir die verschiedenen Parteien einmal Revue passieren lassen.

Wie in einem Kaleidoskop die Bilder wechseln und immer neue Zusammensetzungen vor dem Auge des Zuschauers erscheinen, so ist es auch mit dem Parteileben in unserem lieben deutschen Vaterlande. Es gibt große Interessengemeinschaften, die einen festen Grundstock bilden und um die sich dann die verschiedenen Partei-Spielarten gruppieren; bald mehr, bald weniger, bald offener, bald verschiedter vertreten diese kleineren Gruppen das Interesse und demgemäß auch die Prinzipien der großen; sie sind gewissermaßen die Tirailleurs und Franc-tireurs, die die Hauptarmee umschwämmen und die kleinen Plankiergefechte liefern, die hin und wieder vom Kern des Heeres ausschwärmen, immer aber wieder zur Hauptmasse zurückkehren. Aus diesem Grunde können wir sie hier im allgemeinen als zusammengehörig behandeln, wenn sie auch in Nebenfragen von einander abweichen.

Die erste große Gruppe ist die Vertretung des unbeweglichen Kapitals, des Grund und Bodens, des Agrarierthums; sie umfaßt die Deutschkonservativen, die Freikonservativen, den Bund der Landwirte, den rechten Flügel der Nationalliberalen und die deutschsoziale (antisemitische) Reformpartei. In politischer Beziehung sind diese Leute

monarchisch und „Königstreu bis auf die Knochen“; sie huldigen dem Grundhause: „Und der König absolut, wenn er unseren Willen tut!“ Aus diesem Grunde sind sie bereit, die Fürsten- und Regierungsmacht zu stärken und die Volksrechte zu beschneiden. Das bisher geltende Wahlrecht ist ihnen ein Dorn im Auge, statt desselben schwärmen sie für ein Klassenwahlrecht mit öffentlicher Stimmbilanz. Aus Angst, daß ihre Arbeiter zu klug werden, sind sie Gegner einer allgemeinen, gründlichen Volksbildung, sie despotten die durch den „modernen Bildungsschwindel“ erzeugte „Halbbildung“ und meinen, es sei genug, wenn ein Volksschüler etwas rechnen, lesen, schreiben könne und sehr viel „Religion besäße“. Dagegen bewilligen sie gerne die Mittel zur Hebung der Pfarrbezirk und des Mennospis und ähnlicher Vergnügungen. Dass sie sich für das Militär und eine lange Dienstzeit begeistern, ist leicht ersichtlich, da sich aus ihren Reihen der Offizierstand rekrutiert. Auf wirtschaftlichem Gebiete treten sie für hohe Schuhzölle ein, damit Korn und Fleisch nicht zu billig werden, und für staatliche Abschöpfung ihrer Hypotheken Schulden; auch weisen sie die ihnen als Zunder und Spritzenprämiens gebotenen Liebesgaben keineswegs zurück. Um billige Arbeiter zu haben, bekämpfen sie die Freizügigkeit und die Verkehrserleichterungen, die dem Landproletariat den Abzug in die Stadt ermöglichen. Aus demselben Grunde sind sie Freunde einer patriarchalischen Gesindeordnung und Feinde des Koalitionsrechtes der ländlichen Arbeiter; auch der Versammlungs- und Vereinsfreiheit der Industriearbeiter, also dem bestehenden Koalitionsrecht, bringen sie keine Liebe entgegen. Die Pressefreiheit — von ihnen Pressefreiheit genannt — erscheint ihnen nur dann gewährleistet, wenn neben jeder Zeitungsrédaktion ein Galgen für Presßhänder errichtet wird; harte Strafen halten sie für angebracht gegen die begehrlichen, unbarmhärtigen Arbeiter und die „patriotischen Aufrührer“. Von dem Weben und Weben einer neuen Zeit scheinen sie keine Ahnung zu haben, vielmehr richten sie, durch die Schenkappeln ihres engen Horizontes gehindert, ihren Blick nur auf das Nachstiegende und huldigen dem schönen Grundhause: „Après nous le déluge — nach uns mag die Sündflut kommen!“ Vermutlich sind sie auch früher nicht viel schlauer gewesen, denn bereits vor 30 Jahren tat ihr großer Führer Wagner den Ausspruch: „Die Konkurrenz sind teils Dämonen von Geburt, teils Dämonen aus Prinzip!“

Gegen dieses Agrarientum muß entschieden Front gemacht werden. Selbst ein solch staatsstreuer Mann, wie der Berliner Professor Delbrück, spricht sich über die Vertretung dieses Agrarientums, den Bund der Landwirte, folgendemmaßen aus: „Sollte der Bund bei diesen Wahlen wieder einen großen Erfolg dahinzutragen, so wäre das das größte Unglück, was Deutschland parlamentarisch überhaupt treffen könnte. Die konservative Partei wäre definitiv zerstört. Die neue Agrarpartei würde an Gaghetzigkeit, Bildungsfreidlichkeit, reaktionärer Gesinnung im schlimmsten Sinne des Wortes alles übertreffen, was wir darin je an einer Partei in Deutschland erlebt haben. Sie würde lügen, Handel und Industrie in Festeln zu schlagen, und sie würde vor allem das deutsche Reich aus seiner Großmachstellung und aus der Weltpolitik wieder auf das Niveau einer europäischen Mittelmacht herabdrücken. Alle anderen Stände, Klöppen und Vermögensarten in Deutschland, die gesamte städtische Bevölkerung, das Beamtenamt, die Bildung, das Gewerbe haben das gemeinsame Interesse, sich diesem Auszutreten entgegenzustellen. Der Bund der Landwirte will eine große Anzahl von Abgeordneten als seine speziellen Interessenvertreter abstimmen. Mag er es tun — aber alle anderen Stände müssen dann auch die Konsequenz ziehen und diesen speziellen Interessenvertretern eines Standes, der nicht der ihre ist, ihre Stimme verjagen. Es darf nicht geduldet werden, daß jemand außer der Rose Kommerz, Nationalliberal, Zentrum Stimmen kommt, nur doch mit Vertretern der Landwirtschaft zu sein. Ist es nicht möglich, in einem Kreise mit den Vertretern der Landwirtschaft zusammen einen Kandidaten anzustellen, der für Handelsverträge eintritt, und man wird sichzeitig vor die Wahl zwischen einem Bündler und einem Sozialdemokraten gestellt, so stark laut und entschieden proklamiert werden: „Nicht für den Bündler!“

Die zweite große Gruppe ist die Vertretung des beweglichen Kapitals, des Handels, der Großindustrie und der Börse. Sie umfaßt die Großbürokraten, die freien und befreiten Schaffnerungen und die sog. Volkspartei. Diese Leute bilden den linken Flügel der bürgerlichen Parteien, sie sind etwas freiheitlich angehaucht und wollen nicht zu allem „Ja!“ sagen, was die Regierung beantragt, wenigstens lieber nie es, sich vorher zu sträuben; sie neigen sich gern „Zur Majorität allergetrennte Opposition“. Das bestehende Reichstagswahlrecht erklären sie für eine berechtigte Einrichtung, ob der nicht gerüttelt werden dürfe; für einen weiteren Zusammenschluß aber gar eine Abschaffung derselben auf die einzischen Landwirte und Kommunalvertreterungen sind sie jedoch nicht zu haben, vielleicht haben sie es mit ihrem Liberalismus vereinbaren können, verschiedenlich den Wahlzonen zu erhöhen und dadurch breite Schichten der befreiten Volksschlüsse vom Wahlrecht auszuschließen; überhaupt hat man die Erziehung gemacht, daß sie dort, wo sie im Besitz der Majorität sind, nicht daran denken, die von ihnen im Reichstage gesetzten Freiheiten in die Praxis überzuführen; gewisse Theorie und Praxis auf dem Gebiete der Freiheit hat der Liberalismus von jeher sicher unterschieden. Was ihre Stellung den Fragen des militärischen Lebens gegenüber anbetrifft, so waren sie früher

stramme Manchestermänner, die dem Grundsatz der schrankenlosen Bewegungsfreiheit huldigten und dem Staate nicht das Recht einräumten, in das Wirtschaftsleben einzutreten. Heute sind sie von dicker Schwärmerie für den „Nachtwächterstaat“, wie Lassalle ihn nannte, zurückgekommen und beteiligen sich, wenn auch nur zögernd und widerwillig, an der sozialen Gesetzgebung, wobei sie jedoch meistens als Bremer fungieren, damit der Karren nicht zu schnell läuft.

Zwischen diesen beiden Gruppen steht eine dritte, die Zentrumspartei, in der die verschiedenen wirtschaftlichen und politischen Schattierungen vertreten sind, neuerdings aber die agrarische Strömung überwiegt. Die Sünden dieser Partei, die es sieht, sich heuchlerischer Weise in das Gewand der Arbeiterschönlichkeit zu hüllen, sind von uns im Laufe der letzten Jahre so häufig geschildert worden, daß es überflüssig erscheint, noch ein Wort darüber zu versieren. Wir können es nicht glauben, daß auch nur ein einziger unserer Kollegen dieser Partei seine Stimme geben wird.

Als letzte und bedeutendste Partei bleibt schließlich nur noch die Sozialdemokratie übrig. Diese Partei wollen wir in einem Schlussartikel unsern Kollegen vorführen.

### Unser Verbandstag und dessen wichtigsten Beschlüsse.

Wieder waren die ausgewählten unserer Mitglieder zur Generalversammlung zusammengetreten, um den Bericht der Verbandsleitung und des Ausschusses entgegenzunehmen und Beschlüsse dahingehend zu fassen, wie unser Kampf gegen unsere Ausbeuter in Zukunft wirksam und erfolgreich zu führen ist, wie unsere Agitation planmäßig und erfolgreich gestaltet werden kann und welche Mittel zur Anwendung gelangen müssen, um die Organisation innerlich auszubauen, in ihrer Schlagkraftigkeit die zu stärken und zu festigen und eine größere Stabilität der Mitglieder herbeizuführen!

Groß war die Zahl der wichtigen Aufgaben und noch größer die Zahl der seitens der Mitgliedschaften und Mitgliedern gestellten Anträge zum Verbandstag. Doch wer wollte behaupten, daß trotzdem nicht mit der notwendigen genügenden Sorgfalt alle Aufgaben und Anträge geprüft und beraten wären? Die Verbandsleitung hatte schon Wochen vor dem Verbandstag mit genügender Sorgfalt die Anträge sortiert und zusammengestellt und dieses Material den Delegierten zugestellt, damit diese sich genügend mit allen Anträgen und Anregungen vertraut machen könnten. Und wie notwendig diese Maßnahmen gewesen, das lehrten die Verhandlungen, denn kein Augenblick Zeit konnte verschwendet werden, und hatten die Mitglieder des Büros alle Hände voll zu tun, um zu verhindern, daß wegen einzelner unwichtiger Sachen die bei wichtigen, in unsere Organisation so tief einwirkenden Fragen, notwendige Zeit vergeudet würde. Und schließlich mußten doch einige Überstunden mit in den Raum genommen werden, um alles zu erledigen, aber jeder Delegierte hat sich derseinen gern unterzogen, mochte er doch von vornherein, daß er keine Vergnügungssache machen sollte, sondern zu ersterer, anstrengender Arbeit im Dienste seiner Organisation nach Dresden gefeuert war. Die wenigen Stunden freier Zeit, welche übrig blieben, suchten die Dresdener Mitglieder den Delegierten so angenehm wie möglich zu machen; wie denn überhaupt gelangt werden muß, daß noch auf einem späteren Verbandstage derartig Schönes geboten werden könnte, wie es diesmal in Dresden der Fall war.

Der Gefangenverein „Liederhalle“ sorgte am Empfangsabend durch gut vorgetragene Freiheitsredner für heitere Stimmung der Delegierten wie der aus Dresden und den benachbarten Mitgliedschaften herbeigeeilten Mitglieder.

An jene schönen, heiteren Stunden wird noch mancher Delegierte in seiner Heimat wieder zurückkehren, und auch dort mit Freude sein, dafür zu sorgen, daß das geistige Band, das uns in ersteren Klasseuntergruppen zur Bekämpfung unserer Lebensbedingungen umschließt, auch die Mitglieder des Dresdens an von ihnen gemeinsam veranstalteten Vergnügungen, die zur Hebung der Solidarität unter den Verbandsmitgliedern beitragen sollen, zu einem Ganzen vereint!

Doch greifen wir wieder zurück in die ernste Tagesarbeit, wo die Gemüter recht oft hart aneinander plänkt, um schließlich doch, getragen von dem Gedanken, nur das Beste der Allgemeinheit zu wollen, sich wieder auf einen geeigneten Weg zu vereinigen.

Im Namen der Mitgliedschaft Dresden wurden die Verhandlungen am Montag morgen durch den Kollegen Wahlkron und die Delegierten herzlich willkommen geheißen. Darauf trug der Männergesangsverein der Bäcker Dresdens in feierlichem Stil einige Lieder vor und nun übernahm der Verbandsvorsteher den Vorfall, der mit einem von Frau Heeren-Magdeburg verfassten Prolog die Delegierten zu ehriger und zuverlässiger Arbeit anreizte. Nachdem der Berichtsbericht durch Illmann, der Gesamtbereich durch Friedemann und der Ausschüssebericht durch Vogeler erläutert worden war, begann die Diskussion über die Tätigkeitsberichte. Sofort wurde die schon erwartete Grobbäderdebatte eröffnet! — Es ist höchstens das letzte Mal, daß ein großer Teil der fastbaren Zeit des Verbandsberges von derartigen Streitigkeiten in Hamburg verganget wird. Zwei Mal und weitere Verbandstage nur zum Ausdruck derartiger Hamburger Streitigkeiten benötigt werden und an den Hamburger Mitgliedern liegt es nun, alles zu tun, daß in ehrlicher planmäßiger Agitationsarbeit dort alles ausgetrieben wird, um aus dem dort durch die inneren Streitigkeiten in der Mitgliedschaft verursachten Stillstand dieser Schönung des Verbandes wieder ein fröhliches Vorwärtsstreben zu machen! Das wollen wir hoffen im Interesse der Mitgliedschaft Hamburg wie des gesamten Verbandes!

Sollte jedoch bei den beteiligten Mitgliedern für die Zukunft zu einigen Zusammenkünften keine Reise vorherrschen, dann würde der Verbandsvorstand auch die örtlichen Mittel zur Anwendung bringen müssen, um Nähe zu schöpfen und ein Fortschreiten der Organisation in Hamburg zu ermöglichen!

Der Vorstand hatte in dieser Angelegenheit bereits ein Mitglied ausgeschlossen und auch zum Verbandstag den Antrag eingereicht, noch weitere neue Mitglieder aus dem Verbande auszuschließen, wenn diese nicht bedingungslos die von ihnen herausgefundenen Behauptungen und Verbrechungen von Sozialisten zurücknehmen würden. Die Anträge des Vorstandes wurden von den Delegierten allgemein als notwendig anerkannt, wie denn das Verhalten des Verbandsvorstandes in dieser Sache auch von allen Seiten als korrekt angesehen wurde, aber um nochmals den Grobbäder zu holen zum Frieden, zum einheitlichen Zusammenarbei-

ten zu reichen, wurde eine Commission eingesetzt, welche die schärfsten Ausdrücke der Vorstandsanträge abschwächen sollte. Dieselbe schlug nach langer und eingehender Beratung folgende Resolution vor:

1. Das Mitglied Max Hegemann, zur Zeit in Essen a. d. R., wird aus dem Verbande ausgeschlossen und zwar aus folgenden Gründen:

Hegemann hat als ehemaliger Vorsitzender der Mitgliedschaft Hamburg in einer Mitgliederversammlung im Jahre 1902 sich tatsächlich an einem Mitglied vergriffen.

Hegemann hat sich eines groben Vertrauensbruches schuldig gemacht, indem er im Verbandsbureau in einem unbewußten Augenblick einen vom Verbandsvorsteher in dessen Gegenwart verdeckten Brief las und diesen noch nicht vollständigen Brief zu Verdächtigungen gegen den Verbandsvorstand unter anderen Mitgliedern benutzte; Hegemann suchte den Verbandsvorstand der statutenwidrigen Verwendung von Verbands Geldern unter Verbandsmitgliedern zu verdächtigen, was jedes Scheine einer Begründung entbehrt. Diese Tatsachen, wie die von verdecklicher Streiterei des Hegemann zeugende Verhebung einiger Mitglieder durch denselben zwingen die neunte Generalversammlung zu dem Abschluß des Hegemann aus dem Verbande.

2. Die neunte Generalversammlung des Verbandes ist nach eingehender Prüfung der Sachlage zu der Überzeugung gelangt, daß die in der Schrift „Protest gegen Willkür und Vergeltung“, unterzeichnet von Graco, Kluge, Stubbe, Lehmann, Debel, Höpfner, Fasch, Schröder und Winkel, gegen den Hauptvorstand aufgestellten Behauptungen und Anklagen nicht aufrecht zu erhalten sind, da sie den Tatsachen nicht entsprechen.

Zur Entschuldigung der genannten Kollegen nimmt die Generalversammlung an, daß sie in gutem Glauben, irrgeschleitet durch die Machinationen des früheren Mitgliedes Hegemann, die von diesem in die Mitgliedschaft Hamburg hineingetragenen Differenzen aufgenommen und weiter ausgedehnt haben. In Erwägung jedoch, daß die durch die vorhandene Erregung gezeigten, von der sogenannten Reinerkommission vielfach angeregten und verschärften Maßnahmen und Beschlüsse die Organisation in jeder Hinsicht schwer schädigen müssen, macht es die neunte Generalversammlung den Mitgliedern der genannten Kommission zur Ehrenpflicht, die gegen den Hauptvorstand erhobenen Anschuldigungen und Bekleidungen in aller Form öffentlich und rücksichtslos zurückzunehmen.

Sollte dieses nicht geschehen, so hat der Hauptvorstand die Ermächtigung, die genannten ohne weiteres aus der Organisation auszuschließen, ohne daß denselben gegen den Abschluß eine Beschwerderecht zusteht.

Geben die genannten Mitglieder dagegen die verlangte Erklärung ab, so sind die in der Sache bereits erfolgten Ausschlüsse rückgängig zu machen.

3. In bezug auf den Antrag Lehmann betr. Organisationsverhältnisse der Grobbäder Hamburgs erklärt die neunte Generalversammlung, daß an dem angefochtenen Beschuß der Mainzer Generalversammlung (in einem Orte dürfen nicht zwei Mitgliedschaften bestehen) unbedingt festzuhalten ist.

Die Generalversammlung ist der Überzeugung, daß — ohne den Antragsteller persönlich zu nahe treten zu wollen — dieser Antrag, soweit er sachlich begründet ist, unbedingt eine Konzeption an die letzten Reste zünftlicher Anschaunungen in sich idyllisiert, mit denen innerhalb einer modernen Arbeiterorganisationen aufgeräumt werden muß. Die neunte Generalversammlung ist dagegen der Überzeugung, daß die Grobbäder Hamburgs auch im Rahmen der lebigen Organisation sich im Kampfe um die Erringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit derselben Energie und Hingabe, andererseits aber auch mit demselben Erfolge widmen können, wie sie das tun wollen, wenn ihren Anträgen stattgegeben würde. Deshalb muß es die neunte Generalversammlung auch mit aller Entscheidlichkeit verurteilen, daß sich gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, wie es die Grobbäder Hamburgs sind, mit dem Gedanken der Absplitterung von der Organisation tragen, und dies durch ihre Vertreter noch besonders erläutern lassen, sofern ihren Wünschen nicht Rechnung getragen wird. Derartige Anschaunungen müssen um deswiler besonders scharf verurteilt werden, weil die Übertragung derselben in die Praxis die Grundlagen jeder Organisationsfähigkeit und jeder Organisation zerstört.

Als Weg, um die Gemüter zu versöhnen und ein gemeinsames, erschrockliches Arbeiten sämtlicher organisierten Hamburger Kollegen von neuem anzubauen, empfiehlt die Generalversammlung denselben dringend:

1. Die Vorschläge zu den Wahlen in die verschiedenen Körperschaften des Verbandes sind in den Sektionen nach den Grundzügen der Parität zu normieren. Die allgemeinen Mitgliederversammlungen haben die moralische Pflicht, die beiderseitigen Vorschläge zu berücksichtigen.

2. Für die Leitung der Vorstandsgeschäfte sind zwei Vorsitzende mit gleichen Rechten zu wählen, die sich in der Geschäftsführung gegenüberliegt abholen.

3. Aus tatsächlichen Rücksichten empfiehlt die Generalversammlung ferner und zwar auf so lange, als sich die Wogen der Erregung in Hamburg noch nicht gelegt haben, bei der Wahl von Mitgliedern des Hauptvorstands nach Möglichkeit abzusehen.

Endlich wird den Hamburger Kollegen empfohlen, sofern erst wieder geordnete und ruhige Verhältnisse in die dortige Organisation eingeführt sein werden, die Frage: Ob durch die Zusammenlegung der Mitgliedschaften Hamburg, Altona, Wandbeck und Umgegend zu einer einheitlichen Mitgliedschaft unter gemeinsamer Leitung der Kampf für die Erringung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht noch intensiver und erfolgreicher als bisher gestaltet werden könnte? einer eingehenden Erwägung zu unterziehen. Die Generalversammlung ist der festen Überzeugung, daß diese Zusammenlegung nur zum Wohle aller Beteiligten gereichen würde.

Diese drei Resolutionen wurden mit allen gegen eine Stimme zum Beschuß erhoben und gaben die Vertreter der Grobbäder auf Ehrentwort die Erklärung ab, daß sie sich diesen Beschlüssen fügen und ihr Teil dazu beitragen würden, daß nun in Hamburg wieder einheitlich und planmäßig an dem Ausbau der Organisation gearbeitet würde.

Alle Delegierten gaben in der weiteren Debatte hand, daß sie mit der Tätigkeit des Vorstandes und Ausschusses einverstanden seien und wurde beiden Körperschaften einstimmig Decharge erteilt.

Nicht erzielten der Genosse Silberer-Wien als Vertreter des österreichischen Bruderverbandes, der freudig willkommen geheißen wurde; ebenfalls aber auch unser alter ehrwürdiger Brüderverein Ernst Preißer-Berlin, der einige warme Worte der Begrüßung an den Verbandstag richtete, welche begeistert aufgenommen wurden.

Der Antrag der Mitgliedschaft Regensburg, ihr die 176 M. Schulden vom Streik zu erlassen, wurde abgelehnt, weil der Verbandstag der Ansicht war, daß durch solchen

**Beschluß** nur der Disziplinosigkeit der Mitgliedschaften in der Frage der Lohnbewegungen. Vorschlag geleistet wurde.

Am Mittwoch referierte zunächst der Hauptkassierer eingehend darüber, wie sich die Unterstützungsseinrichtungen im Verbande im ersten Quartal bewährt haben, dabei die großen Verfehlungen gegen das Reglement, wie sie in Dortmund und Bad Reichenhall vorgekommen, scharf kritisierten. Nach eingehender sachlicher Debatte, in der alle Delegierten mit den Wirkungen der Unterstützungsziele ihrer Vereinigung Ausdruck geben, wurden nur die Anträge des Vorstandes auf Einführung der Fleise-Unterstützung in derselben Höhe und Form wie die Arbeitslosen-Unterstützung; Anrechnung der Militärzeit für Mitglieder, die vor derselben ein Jahr dem Verbande angehörten, und Erweiterung der Krankenunterstützung in der Weise angenommen, daß alle Mitglieder, welche drei Jahre dem Verbande angehören, jedes Jahr bis zur Höhe von 42 M. Krankenunterstützung beziehen können. Die Anträge auf Erhöhung der Beiträge und Erhöhung der Unterstützung wurden abgelehnt, weil der Verbandstag der Meinung war, daß man erst mit den jetzigen Unterstützungszielen die Organisation stärken und eine rührige Agitation dazu entfalten müsse.

Über „Unsere zukünftigen Lohnbewegungen und Streiks“ referierte Ullmann in eingehender Weise. Er berichtete einleitend die Verhältnisse im Bäckerverbau, die Schäden des Kost- und Logiswesens, die Nachtarbeit, die sanitären Missstände. Es müsse festgehalten werden vor allem auch an der Beseitigung des Kost- und Logiswesens. Wenn es Kollegen geben sollte, die diese Forderung nicht mehr für zeitgemäß halten, so müsse das an den Kührern liegen. Redner kommt dann auf die Durchführung der Bäckereiverordnung zu sprechen. Vielleicht ist die Kontrolle der Behörden eine durchaus ungenügende. Es liege an den organisierten Kollegen, dafür zu sorgen, daß solche Meister, die fortgelenkt die gesetzlichen Bestimmungen übertreten, bestraft werden. Die Regierung habe nach seiner Meinung nicht die Absicht, den fortwährenden Bestrebungen der Gegner des Maximalarbeitsstages entgegenzutreten; denn sie kann doch unmöglich den Phrasen der Reactionäre mehr Bedeutung beilegen, als den Berichten ihrer Fabrikinspectoren z. Betriebs der Durchführung der Sonntagsruhe müsse besonders in Rheinland und Westfalen etwas getan werden, vielleicht durch Entsendung eines tüchtigen Agitators. In allen Bäckereien mit durch Motor oder Dampfkraft betriebenen Hüsmaschinen müsse die Forderung: 6 Arbeitsstunden pro Woche à 8 Stunden gefordert und als durchführbar bezeichnet werden. Die Forderung der Abschaffung der Nachtarbeit müsse so lange zurückgestellt werden, bis die Forderung der Abschaffung von Kost und Logis durchgeführt ist.

Vielfach gefährlicher für die Bestrebungen der Bäckerhelfer und für etwaige Lohnbewegungen sind die an vielen Orten im Anschluß an die Innungen ins Leben gerufenen Einkaufsgenossenschaften, da sie in aller Stille Kriegshands anstrengen können. Der Centralarbeitsnachweis des Zentralverbandes Germania werde nichts weiter werden, wie ein internationales Streitbrecher-Verband-Bureau. Bei Streits müsse noch vorsichtiger als bisher vorgegangen werden, weil sie durch die neuingerichteten Unterstützungsziele noch viel größere Opfer erfordern. Künftig wird niemand im Falle eines Streits Unterstützung bekommen, wenn er nicht — wie es das Streifreglement verlangt — mindestens ein halbes Jahr Mitglied ist. Redner wendet sich gegen die bei Streits inszenierten freiwilligen Sammlungen. Die Gewerkschaften müssen sich daran gewöhnen, ihre Streitmittel selbst aufzubringen, wenn es sich nicht um ganz besondere Verhältnisse handelt.

Über als Portreferent ist betr. zukünftiger Streiks mit den Ausführungen Ullmanns einverstanden, verteidigt aber seine Haltung betreffs des Streits in Regensburg und der Lohnbewegung in München.

Freitag-Leipzig referiert über die Bedeutung der Maifeier und fordert, daß die Kollegen in allen Betrieben, wo sie alle organisiert sind, drei Viertel derselben sich für vollständige Arbeitsschuhe erklären, auch die Arbeit ruhen zu lassen. Demgemäß wird beschlossen.

Nach langer Diskussion, in der sich die meisten Redner in unbedeutenden Einzelheiten verlieren, greift Ullmann in seinem Schlußwort diesen Nebelstand auf. Schärfste an und warnt nochmals dringend zur Vorsicht bei Inneneinteilung von Lohnbewegungen. Die bekannte Mainzer Revolution wurde einstimmig wieder durch Beschluß den Mitgliedern ins Gedächtnis zurückgerufen. Der Vorstand wurde beauftragt, die Mittel zur Beschaffung brauchbarer Literatur gegen die Nachtarbeit zu beschaffen, damit auch dieser so notwendige Kampf vorbereitet würde.

Nach der Berichterstattung durch Heßold-Berlin vom Gewerkschaftskongress wurde beschlossen, daß alle Verbandsbeamten verpflichtet sind, sich der Unterstützungsgemeinschaft des Vereins „Arbeiterpreise“ anzuschließen und trägt der Verband die Hälfte der Beiträge.

In einem sachlich gehaltenen Referat berichtet der Redakteur Ullmann sodann eingehend die Preschverhältnisse in der Organisation und gibt seiner Genehmigung dahin Ausdruck, daß das Fachorgan sich zu einer schneidigen Waffe in unserem Kampf entwickelt habe und von den Gegnern gefürchtet und gehaßt sei.

Mit dem Inhalte des Blattes sind alle Delegierten einverstanden und werden die Anträge auf Bildung einer Kreiskommission abgelehnt, andere Wünsche dem Redakteur zur Berücksichtigung überwiesen.

Für den Himmelsahrtstag hatte die Mitgliedschaft Dresden einen Ausflug in die herrliche böhmische Schweiz arrangiert, der allen Delegierten stets in der Erinnerung wachbleiben wird, bot er doch neben tüchtigem Marche und anstrengender Bergfraxelei auch für fast jeden Delegierten dem Auge nie gebotene Naturschönheiten!

Am Freitag ging es wieder mit frischem Eis an die Arbeit und wurde mit geringfügigen Abänderungen die vom Vorstand ausgearbeitete Statutenvorlage beraten und beschlossen. (Siehe Änderungen gegen früher in der Vorstandsbefanntmachung.)

Danach wird in die Verhandlung über Punkt 4 der Tagesordnung: „Das Verhältnis der organisierten Bäckereiarbeiter zu den Konsum- und Produktionsgenossenschaften“, eingetreten. Zu diesem Zwecke haben 32 Vereine zum Verbandstag 38 Vertreter entsandt. Dieser Tagesordnungspunkt enthält folgende Abschnitte: a. Die Bedeutung der Backwarenfabrikation der Konsum- und Genossenschaftsbäckereien. b. Die sanitären und technischen Einrichtungen dieser Betriebe. c. Die Arbeits- und Lohnbedingungen der in solchen Betrieben beschäftigten Kollegen. d. Die Arbeitsvermittlung nach diesen Betrieben.

Zu jedem einzelnen Absatz ist vom Verbandstag ein Referent bestimmt.

Über Absatz a. referiert Ullmann-Hamburg. Er führt aus: Der Verbandstag beschäftigte sich zum ersten Male mit einer solchen Sache. Durch den Aufschwung der Genossenschaften sei es notwendig geworden, diesen Fragen einmal näher zu treten. Die Eigenproduktion der Konsum-

vereine habe sich als praktisch erwiesen und sei es klar, daß diese leistungsfähiger seien, als die vielen Kleinbetriebe. Die Konzentration dieses Produktionszweiges in Großbetrieben sei so wie so schon vorhanden. Doch müsse vorgezeigt werden, daß diese allein in die Hände des Großkapitals gespielt werden. Das sei durch die Konsumgenossenschaften sehr wohl möglich und es brauche deshalb bei uns in Deutschland nicht erst soweit zu kommen, wie in Amerika, wo die Trusts sich auch dieses Gebiets bemächtigt haben. Auch die Bäckereiarbeiter haben ein Interesse an der genossenschaftlichen Produktion, denn ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen kämen dadurch auf ein höheres Niveau. Auch die Produktion der kleinen Bäckwaren habe sich rentabel gezeigt, wie das vorbildliche Beispiel Magdeburg-Neustadt bewiesen. Aus all diesen Gründen müsse die Entwicklung der genossenschaftlichen Produktion gefordert werden.

Über Absatz b referiert Freytag-Leipzig. Er führt aus, daß die technischen Einrichtungen selbstverständlich denen der Kleinbetriebe überlegen seien. Trotzdem seien in sanitärer Hinsicht noch Verbesserungen erwünscht. Durch die vielen Defen entstehe zum Beispiel große Hitze, die eine bessere Ventilation im Interesse der Gesundheit der Arbeiter notwendig mache. Eine gegenseitige Verständigung mit Fachleuten würde es den Verwaltungen solcher Genossenschaften ermöglichen, in dieser Hinsicht Besserung zu schaffen. Die Statistik des Vorstandes des Bäckerverbandes bietet übrigens sehr lehrreiches Material für die Genossenschaften. Er bitte die anwesenden Vertreter, davon Notiz zu nehmen.

Zu Punkt c referiert Schall-Dresden. Er führt aus: Er schicke voraus, daß es selbstverständlich sei, daß, wenn die Bäckereiarbeiter bezüglich der Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Genossenschaftsbäckereien Rechte verlangen, sie auch Pflichten haben. (Sehr richtig!) Er müsse leider zugeben, daß die Kollegen oft in dieser Hinsicht gesündigt hätten. Dabei müsse aber berücksichtigt werden, daß die Bäckerhelfer noch mit diesen Fragen wenig vertraut seien. Durch gegenwärtige Verständigung würden die hieraus resultierenden Nebelstände beseitigt werden. Erfreulich sei, daß man der Regelung der Arbeitszeit viel Rechnung getragen habe. Die Arbeitslöhne liegen noch manches zu wünschen übrig. Die Dividendenjagd sei daran schuld und hier sei Recht und Pflicht nicht immer gleich. Man vergesse oft, daß die Arbeiter auch zugleich Genossenschaftler seien. Den fortwährenden Beschwerden, mit denen sich die Konsum-Genossenschaftsverwaltungen beschäftigen müssen, könne vorgebeugt werden dadurch, daß Tariferänderungen gegenwärtig getroffen würden. Hierdurch würde ein gesundes und zufriedenstellendes Verhältnis geschaffen werden können. Redner befürwortet die ständigen Arbeitsstunden in den großen Betrieben, 21 M. Wochenlohn für kleine und mittlere Städte und 24 M für die Großstädte. Diese Forderung sei durchaus befriedigend, denn in vielen Betriebstypen würde das Gleiche, sogar mehr gebracht. Überstunden sollen mit 25 Prozent Zuschlag bezahlt werden. Auch dürfe nicht mehr vorkommen, daß Frauen von Bäckmeistern mit beschäftigt werden, dafür Bezahlung aber nicht erhalten. Ebenso müsse das Kost- und Logiswesen, das leider auch in den Genossenschaftsbäckereien zum Teil noch vorhanden, abgeschafft werden. Die Gewährung von jährlich einer Woche Ferien sei jedenfalls auch eine Forderung, die nicht zu hoch gespannt sei. Hier müsse aber darauf geachtet werden, daß den Arbeitsausfall nicht die anderen Arbeiter herauholen müssen, sondern daß während der Ferienzeit Nachhilfskräfte eingestellt werden.

Über Absatz d spricht Lanke-Suttgart. Er wünscht, daß die Genossenschaften die Bäckerhelfer vom Arbeitsnachweis des Verbandes nehmen sollen. Bedauerlich sei, daß einzelne Verwaltungen Arbeitskräfte in Innungsorganen einzeln hätten, die gleichzeitig gegen die Genossenschaften anämpfen.

In einem weiteren Referat berichtet noch Kreischmer Hamburg die Unfallversicherungsvorschriften in diesen Betrieben. Er meint, daß auch die Konsum- und Genossenschaftsverwaltungen nötig hätten, auf die Durchführung dieser Vorschriften zu sehen. Um Schluß seiner längeren, die technischen Momente berührenden Ausführungen gibt er der Ansicht Ausdruck, daß die heile Unfallverhütungsvorschrift die Verkürzung der Arbeitszeit sei.

Zur Diskussion erhält zunächst das Wort Dr. Borchardt-Charlottenburg: Er bemerkt, daß auseinander zu halten sei: Produktionsgenossenschaft für den Markt und solche für den direkten Konsum. In dem letzteren wäre eine organische Verbindung vorhanden, weshalb da auch die Verhältnisse ganz andere seien, es sei gut, daß die Entwicklung nach dieser Richtung sich bewege. Er bitte das zu beachten.

Der Vorsitzende ersucht, daß zunächst die anwesenden Genossenschaftsvertreter sich zu diesem Punkt äußern.

Siehr-Frankfurt a. M. (Produktungen) gibt seine praktischen Erfahrungen fund und spricht sich für die Forderungen der Bäckereiarbeiter aus.

Bod-Tonnevitz spricht sich für Errichtung von Genossenschaftsbäckereien aus, gleichviel ob sie rentabler als Privatbetriebe seien. Er befürwortet auch die Benutzung des Verbandsarbeitsnachweises, wendet sich aber gegen Schabloneierung der Lohnsätze nach dem vorliegenden Vorschlag.

Winter-Slagmiz kann für seinen Verein keine bindende Erklärung abgeben, hofft aber, daß sein Verein sich nicht ablehnend verhalten wird.

Lange-Hildesheim ist für alle Forderungen und erörtert einige Missstände in Konsumbäckereien, die er scharf verurteilt.

Tiedmann-Leipzig erklärt, daß die Beratungen nur theoretische Bedeutung haben könnten. Bindende Beschlüsse könnten nicht gefaßt werden, da die Verwaltungen der Konsumgenossenschaften erst dazu Stellung nehmen müßten. Die Verhandlungen seien aber der erste Schritt zu dauerndem Frieden. Alle Anträge in bestimmter Form seien jetzt unpraktisch.

Hart-Altenburg steht den Forderungen ebenfalls nicht entgegen.

Schulz-Stuttgart erklärt, daß sein Verein den Arbeitsnachweis der organisierten Bäckerhelfen nicht anerkenne. Er wolle aber dafür wirken, daß das nun geschehe. Für Überstunden bezahle dagegen sein Verein 50 p.M. Zuschlag. Für einen Tarifvertrag sei auch er.

Holzmacher-Magdeburg wünscht noch mehr Klärung in dieser Frage.

Schmid-Harburg spricht sich warm für Tarifverträge aus. Das wäre nützlich für die Bäckereiarbeiter wie auch für die Genossenschaften. Die Dauer solcher Verträge dürfe nicht auf länger als zwei Jahre ausgedehnt werden. Diese Erklärung könne er aber nur als Vertreter seines Vereins machen.

In ähnlichem Sinne sprechen sich auch Brenner-Crimmitschau und Hübner-Dortmund aus. Es findet eine Resolution Tiedmanns-Leipzig Annahme, die lautet: „Die heute anwesenden Vertreter der Genossenschaften erachten tarifliche Vereinbarungen mit dem Bäckerverband als not-

wendig und erklären, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß solche zu Stande kommen.“

Damit hat sich die gemeinsame Tagung erledigt und die Delegierten des Verbandstages erhalten das Wort. Nach längerer lebhafter Debatte wird ein Antrag auf Einschaltung einer Tarifkommission abgelehnt, dagegen ein Antrag, die Regelung der ganzen Angelegenheit dem Verbandsvorstand zu überweisen, angenommen.

Am Sonnabend wurde über den Punkt „Agitation und Gauvereinigung“ verhandelt. Friedmann vertrat in seinem Referat den Standpunkt des Vorstandes, daß es demselben überlassen bleiben müsse, in derselben planmäßigen Weise wie bisher nach und nach für alle Gaue tüchtige Agitatoren als Leiter anzustellen. Nur auf diesem Wege sei planmäßig zu agitieren.

Gärtner begründet seinen Antrag, daß die Abrechnungen der Mitgliedschaften an die Gaue wegfallen sollen, dafür aber von jedem Wochentag ab 1. Juni ab an die Hauptkasse abzuliefern sind, wobon diese sämtliche Agitationskosten und Bezahlung aller Beamten tragen soll. Der Antrag wird von den meisten Rednern energisch befürwortet, wie überhaupt die einmütige Überzeugung, daß in der Agitation unter Leitung des Verbandsvorstandes noch besser und planmäßiger gearbeitet werden müsse, in imposanter Weise zum Ausdruck kam! Der Antrag wurde in namentlicher Abstimmung angenommen und darauf folgendes Gaulegislament zum Beschuß erhoben:

Der Verbandsvorstand hat das Gebiet des Deutschen Reiches in zweckentsprechender Weise in Gaue einzuteilen und alle Mitgliedschaften ihrem Gau zuzuordnen.

Zur Ausführung der Aufgaben des Gaues wird ein Gauvorstand von drei bis fünf Personen gewählt. Der Gauvorstand ist dem Verbandsvorstand verantwortlich und bedarf dessen Befähigung. Die Wahl erfolgt auf den Gaugetag. Den Vorort des Gaues (Sitz des Gauvorstandes) bestimmt der Verbandsvorstand.

Macht es sich notwendig, für einen Gau einen besoldeten Gauvorsteher anzustellen, so erfolgt dessen Wahl und Bezeichnung der Amtsvorlesungen durch den Verbandsvorstand.

Zur Kontrolle der Kassen- und Buchführung des Gauvorstandes hat die Mitgliedschaft des Vorortes drei Revisoren zu wählen, welche die Kassen- und Buchführung mindestens allmonatlich zu revidieren haben.

Der Gauvorstand hat die Ausgabe, nach Verständigung mit dem Verbandsvorstand die Agitation für den Verband in ihrem Gau zu betreiben und dem Verbandsvorstand auf dessen Ansuchen sowie aus eigener Initiative Informationen des Gaues zu erteilen.

Außerdem sind Anträge des Verbandsvorstandes betr. Agitation, Revision von Mitgliedschaften usw. unverzüglich auszuführen. Überhaupt hat jeder vom Gauvorstand ausgestandene Agitator die Pflicht, Kassen- und Buchführung in den Zahlstellen zu prüfen, auf vorhandene Fehler aufmerksam zu machen und ihre Beseitigung zu veranlassen. Die Zahlstellen sind verpflichtet, jede Anfrage der Gauvorstände prompt zu beantworten.

Der Verbandsvorstand hat über die Gauvorstände die Kontrolle auszuüben, sowie über Streitigkeiten in den Gauen zu entscheiden; hat bei etwaigen Unregelmäßigkeiten innerhalb derselben Ordnung zu schaffen und hat das Recht, Gauvorstände, die sich seinen Anweisungen nicht folgen, von ihren Posten zu entsetzen und neue einzuführen, eventuell den Vorort zur Neuwahl zu veranlassen.

Ferner haben die Gauvorstände dem Verbandsvorstand jedes Quartal eine Abrechnung über sämtliche Einnahmen und Ausgaben der Gaukasse einzuführen, sowie alljährlich einen Bericht über die Entwicklung der Organisation im Gau unter Berücksichtigung aller wichtiger Verhältnisse und einen Kassenbericht im Fachorgan zu veröffentlichen.

Zur Agitation erhalten die Gauvorstände auf ihre Ansuchen die Mittel vom Vorstand des Verbandes bewilligt, jedoch ist dem Geschäft eine Übersicht über die Ausgaben seit der letzten Geldbewilligung beizufügen.

Bei etwaigen Lohnbewegungen und Streiks kann der Verbandsvorstand die Gauvorstände damit beauftragen, die Interessen des Verbandes bei derselben zu vertreten.

Diejenigen Unstufen, welche sich aus der Leitung etwaiger Streits ergeben haben, werden nach Vorlage einer spezialisierten Rechnung aus der Verbandskasse an die Gaukasse zurückgestattet.

Die Einnahmen der Gaukasse dürfen nur einzig und allein für Agitation und Verwaltung verwendet werden. Alle zwei Jahre einmal im September oder Oktober, und zwar immer in dem Jahre, in welchem kein Verbandstag stattfindet, werden in allen Gauen Gaukonferenzen abgehalten.

Die Einberufung der Gaugetage ist Sache des Gauvorstandes, der sich vorher über Ort und Zeit mit dem Verbandsvorstand zu verständigen hat.

Zur Vertretung auf den Gaugetagen ist jede Mitgliedschaft verpflichtet. Die daraus entstehenden Unstufen haben die Mitgliedschaften aus ihren Lokalkassen zu decken.

Diese Gaugetage haben sich in der Hauptkasse damit zu beschäftigen, wie im Gau die Agitation am wirksamsten betrieben werden kann. Ferner sind geeignete, der Situation entsprechende Themen über Arbeiterschutz und Versicherung, über die Lehrlingszüchterei in unserem Berufe usw. zur Beratung zu stellen.

Mit Beschuß des Reglements waren die meisten Anträge erledigt und wurden nur die zweite Anstellung von Gaubeamten dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen.

Beitrag des Verhaltens der Mitgliedschaft Magdeburg, welche sich weigerte, die statutarisch festgesetzten Gaubeiträge an den vom Verbandsvorstand eingesetzten Gauleiter abzuliefern, wurde in einer einstimmig angenommenen Resolution dieses Verhaltens scharf gerügt und die Mitgliedschaft aufgefordert, ihre Pflichten zu erfüllen.

Sodann wurde der Vorstand noch mit der Vornahme statistischer Erhebungen in allen Verbandsorten betraut; ebenfalls wurde er beauftragt, die Vorarbeiten für einen internationalen Bäckertag zu übernehmen, wozu vier Delegierte gewählt wurden. Die Anträge, heißt. Sitzverlegung von Hamburg, wurden durch Übergang zur Tagesordnung erledigt und als Sitz des Vorstandes Hamburg, als Sitz des Ausschusses München wieder bestimmt.

Noch stand ein Antrag einstimmig Annahme, der besagt, daß der Verbandsvorstand zu jeder Zeit berechtigt ist, eine Verschmelzung mit dem Konditoreibund vorzunehmen, und zwar unter Übernahme von deren Beamten auf unseren Verband, wenn sich eine Verschmelzung beider Verbände ohne bedeutende Statutenänderungen ermöglichen läßt.

Hoffen wir, daß die Beschlüsse des Verbandes dazu beitragen werden, denselben durch Gewinnung neuer Kämpfer zu vergrößern, aber auch durch kräftigen Ausbau im Innern zu stärken und zu festigen. Durch die gemeinsam wirksenden Unterstützungen

richtungen hat der Verband neue Werke errungen! Also entfaltet eine ehrige Agitation, ihr Mittäpfer und Mitglieder und wir werden rüstige Fortschritte machen! Vorwärts! sei stets Eure Parole!

### Die Bäckereiverhältnisse vor der Bürgerschaft (Stadt-parlament) in Bremen.

Bei der Besprechung des Jahresberichtes des bremischen Gewerbeinspektors in der Bürgerschaftssitzung kam der Genosse Rhein auch auf die Bäckereimitsstände zu sprechen, indem er ausführte: Aus dem Bericht geht erschließerweise hervor, daß die Zahl der Revisionen im vorigen Jahre zugenommen hat; es sind 96 p. St. aller Betriebe revidiert, und auch nur 3 p. St. der Arbeiter nicht von der Revision betroffen. Räumlich auch kleinere Betriebe sind revidiert worden, und es haben sich da besonders im Bäckereigewerbe Mängel gezeigt, wo zu klagen war darüber, daß die Verordnung des Bundesrats über die Arbeitszeit nicht eingehalten wird. Die Bäckermeister erklären, daß ihnen das nicht möglich ist. Über in Preußen hat sich diese Anordnung doch durchführen lassen. Die Meister üben doch insofern einen Zwang auf die Gesellen aus, nichts von einer Übertretung dieser Verordnung zu sagen, als den Gesellen Entlassung und Richtniedereinstellung bei einem heiligen Meister in Aussicht steht. Auch durch die geringen Strafen, die wegen Übertretung dieser Verordnung verhängt werden, bestärkt man die Meister in ihrem Widerstande gegen diese Verordnung.

Darauf führte der liberale Herr Schütte (Großkaufmann) folgendes aus:

Ich bin der Meinung, daß unser Bäckergewerbe nicht mit der Zeit fortstreitet. Die Bäcker stehen in bezug auf Ausstattung ihrer Läden auf einer viel tieferen Stufe als die Schlächter und Krämer. Ich meine, sie hätten Anlaß, ihre Geschäfte so auszustatten, daß sie verlockend auf die Passanten wirken. Aber wenn man den Bericht des Gewerbeinspektors über die Bäckereien liest, daß es vor kommt, daß in den Bäckereien oft Bäckerei getrieben wird, und daß die Gesellen sich in der Bäckerei tummeln, so muß man sich wundern, daß solche Zustände in Bremen, daß sonst so reinlich ist, vorkommen können. Ich stelle deshalb folgenden Antrag: Die Bürgerschaft erachtet den Senat, die Polizeidirektion zu beauftragen, geeignete Verordnungen zu erlassen, welche Abhülfen schaffen gegen die im Bäckergewerbe oft vorkommenden Ungehörigkeiten, über welche der diesjährige Bericht der Gewerbeinspektion Mitteilung macht.

Senatskommissar Herr Senator Stadtänder: Die Polizei und die Gewerbeinspektion sind seit langer Zeit mit dem Bäckergewerbe beschäftigt, aber die zu treffenden Maßnahmen sind sehr einseitig. Viele Häuser werden kaum geeignet sein, daß solche Einrichtungen in ihnen getroffen werden können. Mängel sind da, und es ist dringend zu tun, daß Abhülfen geschaffen wird.

Jetzt erinnert den Bäckermeister ein Ketter in ihrem Kollegen Th. Heintzen, über dessen Bäckerei in Nr. 18 d. St. von unserer Bremer Kollegen Klage geführt wurde. Dieser Herr sagte unter anderem:

Die Bäcker haben nicht den Verdienst der Schlächter, daher können sie auch auf die Ausstattung ihrer Geschäfte keine nicht so viel verwenden wie die Schlächter. Neben der Materialausstattung im Bäckereigeschäft kann Herr Rhein sich kein Urteil erlauben, da er nicht selbst Bäcker ist. Ich gebe mir zu bedenken, daß manche Stunde hingehgt, in welcher der Bäcker während seiner Arbeitszeit nichts zu tun hat. Wir tun das Mögliche, um vorhandene Nebelräume abzuschaffen, und das sollte man auch anerkennen. Wenn ich einmal wieder jung werden würde, was ja nicht möglich ist, dann würde ich mich nur für gewönde Arbeitsräume sorgen, sondern auch für Bäckerei, Unterhaltungsraume und vorwiegend für ein Wohnzimmer.

Mit solchen übernahmen Wünschen vom „Unterhaltungsraum“ und „Wohnzimmer“ schwiegt sich der Herr über die berechtigte Kritik seiner Voreddner über die Bäckereimitsstände hinwegreden zu wollen! — Seine Behauptung, daß in der Bäckerei manche Stunde hingehgt während der Arbeitszeit, in welcher die Arbeiter nichts tun könnten, ist eine Unwahrheit! Aber mit solchen Sachen glaubt man den Richterachmern Sand in die Augen treuen zu können. Unsere Kollegen werden daraus Anlaß nehmen, dem Publikum Klarheit über Arbeitszeit und Arbeits- und Schlafräume zu verschaffen.

Herr Rippe regte hierauf an: Ich möchte erneut bitten, daß der Gewerbeinspektor in seinem nächsten Berichte sich darüber aussetzt, ob es nicht vom gewöhnlichen Standpunkt aus die Errichtung eines sozialen Baudenkmales erwünscht sei.

Herr Ebert: Die Belehrung in den Bäckereien ist der Gesundheit nicht zuträglich, daher ist es auch notwendig, daß die Bäckereiarbeitszeit nicht überhöhten wird. Ich halte den Antrag von Herrn Schütte für gerechtfertigt. Die Polizeidirektion würde gut tun, wenn sie die Bäckerei anzieht, die Bäckereien müssen zu modernisieren.

Senatskommissar Herr Senator Stadtänder: Diese Bitte von Herrn Ebert ist überzeugend, darum die Polizei revidiert die Bäckereien häufig, aber nie erhöht den Gehaltsnachweis. Gegen der Arbeitszeit ist die Reichsregierung seit einiger Zeit mit Maßnahmen beschäftigt und hat sich an die Bundesregierungen um Zustimmung gewandt. Das ist der Grund, deshalb wir nicht selbst vorgehen.

Seit dem Jahre 1899 hat der Bäckermeister nun das Pultdium und die Bäckereiarbeiter vergebens um die vom Greifen Königshof im Reichstage zugestimmten generellen Vorrechten über die Errichtung und den Betrieb von Bäckereien und auch immer hört man von deren Entwicklung nichts! Die Redaktion!

Das markierten noch einmal die beiden Meister vom Bäckereiamt. Herr Th. Heintzen: Der Gewerbeausschuss unter den Bäckereimitsständen ist nicht so schlecht, wie Herr Ebert ihn beschreibt, denn unter den eingeschriebenen Kaufleuten befinden sich Bäcker für unsere Seite die gerügt werden. Und das spricht dafür, daß ich in den 32 Jahren, während welchen ich mein Geschäft habe, keinen meiner Angehörigen habe ins Krankenhaus bringen müssen.

Herr J. C. H. Kretze: Es ist nicht wahr, daß es eine Bäckerei enthalten möchte, weil er von einer Überprüfung der Verordnung Anzeige gemacht hat. Wohl sind sie erhalten, wenn sie sich etwas haben zu Schulden kommen lassen. Über Herrn Schütte's Ansprüchen habe ich mich gewundert. Ich weiß nicht, daß die Laden hier lediglich jetzt solle als in anderen Städten. Es geht darum an, daß die Bäcker immer voll Brodt gepackt sind, denn das soll ihnen gegeben werden und vertreten in der Anzeige an Gericht. Ich hätte erwartet, daß Herr Schütte in seinen Ausführungen etwas vorzüglicher gewesen wäre. Die Bäckermeister leben mit neuen Gesetzen in

Frieden und sie sind der Sozialdemokratie nicht zugänglich. Das hier und da ein Betrieb den Vorwürfen nicht entspricht, gebe ich zu, aber das werden Sie in allen Gewerben finden. Der Gewerbeinspektor wird bestätigen, daß wir selbst gebeten haben, die Bäckereigewerbe revidieren zu lassen. Wir sind bereit, für Reinlichkeit und gutes Brodt zu sorgen, das ist auch schon deshalb nötig, um unsere Freiheit zu erhalten, denn die Zahl der Bäckereien ist in unserer Stadt besonders groß, und das Einkommen ist darum sehr minimal.

Beweise dafür, daß in Bremen wie anderswo Bäcker gesellen gemäßregelt wurden, weil sie Übertretungen des Maximallarbeitsstages zur Anzeige brachten, lassen sich zu Tausenden erbringen. Nach bäckermeisterlicher „Wahrheitssieße“ dagegen sind sie nur entlassen, weil „sie sich etwas haben zu Schulden kommen lassen“. Wenn man dann alle diese für ihre Rechte eintretenden Arbeiter gemäßregelt hat, dann stellen sich die Herren hin und brüsten sich: „Wir leben mit unseren Gesellen in Frieden.“ Das ist die noble Kampfweise der Bremer Bäckermeister! Über die Gesellschaft in Bremen wird den Herren auch bald ein „Vis hierher und nicht weiter“ zurufen.

### Bäckerbewegung im Ausland.

Landesstreif in Ungarn. In Budapest hatten am 15. Mai bereits 150 Bäckereien die gestellten Forderungen bewilligt. Jedoch wurde in der Versammlung am 18. Mai konstatiert, daß viele davon nur zum Schein bewilligt hätten und die Forderungen in ihren Betrieben nicht durchgeführt. Diese Versammlung beschloß, den Streif energisch weiter zu führen und soll jeder zu den neuen Bedingungen Arbeitende 5 p. St. seines Lohnes an den Streifonds abliefern.

Der Streif in Preßburg, der anfangs ein partieller war, ist jetzt ein allgemeiner. Die Stadtvertretung erachtet die Militärbehörde um Überlassung von Soldaten der Verpflegungsbranche. Dieser Gedanke ist aber abgelehnt. Die Militärbehörde ist dagegen bereit, den Brötbedarf gegen Bezahlung zu beden.

### Quittung.

Vom 11. bis 24. Mai gingen bei der Hauptklasse folgende Beiträge ein:

Für Monat April: Mitgliedschaft Hannover 27.90, Crimmitschan 29.90, Halle 28.20, Hilbersheim 20.40, Braunschweig 47.70, Meiningen 45.40, Altona 34.80, Würzburg 26., Münhausen 8.40, Gießen 21., Königshütte 33.50, Chemnitz 20.80, Offenbach 56.10, Regensburg 66.40, Altenburg 10.80, Bergedorf 30.60, Schonebeck 7.50, Königsberg 12.30, Biesbaden 37., München 608.70, Dresden 27.70, Rothenheim 29.30, Ludwigshafen 28.80, Elbersfeld 37.75, Dortmund 24.60.

Für Februar bis April: Essen 34.80.

Von Einzelzähler der Hauptklasse: H. S. Liebischwitz 12., A. S. Neuhof 9.40, G. B. Konstanz 2.40, W. Nordhausen 90.

Für Bonnements und Annanzen: P. B. Brandenburg 2.40, L. B. Dresden 10.80, M. C. München 5.60, Zentr.-P. B. Wiesbaden 4.80, Central-P. B. Berlin 4.80, Zentr.-P. B. Hamburg 4.80, Central-P. B. Plauen 4.80.

Der Hauptfacharbeiter: Friedmann.

N.B. Nach dem auf dem Verbandsstag in Dresden beschlossenen neuen Statut kommen die Festmarken à 2.40 M. in Wegfall und werden daher die Kassierer der Mitgliedschaften erachtet, diese Marken mit der nächsten Abrechnung einzusenden.

### Anzeigen.

### Central-Kranken- u. Sterbefälle der Bäcker

Gedächtnis-Verwaltung Halle a. S.

Donnerstag, 4. Juni, Nachm. 4 Uhr,

### General-Versammlung

im Restaurant „Moritztor“, Moritzwinger 3.

Tagesordnung: 1. Rechenschaftsbericht. 2. Ergänzungswahl der Verwaltung. 3. Vortrag: Die Entwicklung der Centralstelle seit ihrer Gründung. 4. Verschiedenes.

Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Gebührliches Erstreichen erwartet

4.80. Die örtl. Verwaltung Halle a. S.

### J. J. Grünberg, Cam-Lehr-Institut

Hamburg-St. Pauli, Thalstraße 45, part. (Privathans)

Am 1. Pfingsttag, den 31. Mai 1903, Aufstieg nach Oberseelde per Alt-Nahrendorf nach dem an der Ahrensburger Chancce belegenen und vom Alt-Nahrendorfer Bahnhof in 5 Minuten zu erreichenden S. Breede's Gathof (Sch.: B. Sch.). Gute Speisen und Getränke zu zweien Preisen.

1.40.

### Zentralverkehr der Bäcker Süddeutschlands

im Gathof „Zum königlichen König“ Holzstr. 3, Stuttgart. Carl Safla, Besitzer.

Am 1. Pfingsttag, jeden Sonntag, Mittwoch und Freitag zum gemütlichen Tafel oder Billard-Partie im

1.40. Cafè Wittelsbach, Herzog

### Bäcker-Einkaufsquellen

Größte Auswahl in neuen und getragenen Herrenkleidern, sowie Anfertigung nach Mass zu bekannt billigsten und reellsten Preisen.

J. H. Bloch,  
München, Brunnstr. 3/0, vis-à-vis „Kreuzbräu“.

### Mitgliedschaft Flensburg.

Montag, 1. Juni (2. Pfingsttag)

### Großes Pfingstvergnügen

im Lokale des Hrn. Kerup, Hohenloft, Schleswigerstr. 28

verbunden mit Theateraufführungen und Ball.

Anfang: Abends 7 Uhr.

Eintritt für Herren 60 Pfennig, Damen frei.

Hierzu laden alle Kollegen herzlich ein.

M. 3.—1.

Der Vorstand.

Achtung! Richtung!

Wo amüsieren wir uns Pfingsten?

Auf nach Pinneberg!

nach dem reizenden am Gehölz belegenen Gartenlokal des Hrn. Schmidt. Dort hat die

Großbäder-Tafel „Teutonia“ von 1884

am 1. Pfingsttag ein Vergnügen arrangiert. Preisregeln für Herren, Preiswürfel für Damen und verschiedene Belustigungen. — Abfahrt vom Hauptbahnhof Altona Mittags 1 Uhr 46 Min. Hierzu laden freundlich ein [M. 5.50]

Der Vorstand.

### Versammlungs-Anzeiger.

Altenburg. Mitgl.-Berl. Donnerstag, 11. Juni, im „Schwarzen Adler“, Kesselfasse.

Altona. (Weißbäder). Mitgl.-Berl. Mittwoch, 3. Juni, Nachm. 4½ Uhr, bei Ebler, gr. Bergstr. 136.

Altona. (Großbäder). Mitgl.-Berl. Sonnabend, 13. Juni, Abends 7½ Uhr, bei Ebler, gr. Bergstr. 136.

Bad Gleichenbach. Mitgl.-Berl. Dienstag, 9. Juni, Nachm. 3 Uhr, in der „Blauen Traube“.

Bergedorf. Mitgl.-Berl. Sonntag, 14. Juni, Nachm. 3½ Uhr, bei W. Stille, Sachsenstraße.

Brandenburg. Mitgl.-Berl. Sonntag, 7. Juni, Nachm. 3½ Uhr, bei W. Otto, Sieberstr. 10.

Braunschweig. Mitgl.-Berl. Sonntag, 7. Juni, im Gewerkschaftshaus, Werder 32.

Berlin. Diskutierstunde jeden Donnerstag, Nachm. 2½ Uhr im Abstinenzheim, Neue Schönhauserstr. 12.

Berlin. Mitgl.-Berl. Donnerstag, 11. Juni, Nachm. 3 Uhr, im „Rosenthaler Hof“, Rosenthalerstr. 11–12.

Breslau. Jeden Dienstag 3½–5 Uhr, Diskutierclub im „Gewerkschaftshaus“, Zimmer 3.

Basel. Zusammenkunft jeden Donnerstag im Hotel Blume, Schwabengasse, bei der alten Rheinbrücke.

Bromberg. Mitgl.-Berl. Dienstag, 2. Juni, Nachm. 3 Uhr, im „Tivoli“, Thalkirche.

Cassel. Mitgl.-Berl. Dienstag, 11. Juni, Nachmittags 4 Uhr, bei Hartmann, Schäfergasse 14.

Celle. Mitgl.-Berl. Donnerstag, 4. Juni, Nachmittags 4 Uhr, im Restaurant „Stadttheater“.

Crimmitschan. Mitgl.-Berl. Sonntag, 7. Juni, Nachm. 3 Uhr, in der „Centralherberge“.

Dortmund. Mitgl.-Berl. Sonntag, 14. Juni, Nachm. 4 Uhr, bei Beul, Zimmer 10.

Düsseldorf. Mitgl.-Berl. Sonntag, 7. Juni, Nachm. 4½ Uhr, bei Herrn Boiss, Breitestr.

Dresden. Diskutierstunden finden statt jeden Dienstag Nachmittag 3 Uhr, im Restaurant zur Klosterchänke und im Restaurant zur Börse in Viechsen, Leipzigerstr.

Dresden. Mitgl.-Berl. Donnerstag, 4. Juni, in der Klosterchänke, Eliengasse.

Erlangen. Mitgl.-Berl. Sonntag, 7. Juni, Borm. 11 Uhr, im „Volkshause“, Hochstr. 82.

Essen a. d. Ruhr. Mitgl.-Berl. Sonntag, 7. Juni, Nachmittags 5 Uhr, in der „Borussia“.

Flensburg. Mitgl.-Berl. Dienstag, 16. Juni, Nachm. 4 Uhr, in der Norderborghalle, Norderstr. 149.

Flensburg. - Dörfel. Mitgl.-Berl. Donnerstag, 4. Juni, Nachm. 3 Uhr, in der Norderborghalle, Norderstr. 149.

(Referent: Ullmann-Hamburg.)

Gießen-Wetzlar. Mitgl.-Berl. Mittwoch, 10. Juni, im Wiener Hof, Johanniskir.

Hamburg. Mitgl.-Berl. Dienstag, 4. Juni, Nachm. 6 Uhr bei Lünenhof, 1. Bergstr. 7.

Hannover. Mitgl.-Berl. Dienstag, 9. Juni, Nachm. 5 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Calenbergerstr. 32.

Homburg v. d. H. Mitgl.-Berl. Mittwoch, 10. Juni, Abends 8 Uhr, im „Bährischen Hof“.